

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 831

Mittwoch, 10. Juni 2025

32. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Der 4. Plurinationalale Gipfel für das Wasser fordert ein Gesetz, das die Gemeinden entwickeln.....	1
Raíces – eine neue Partei anstelle von SEMILLA ?.....	3
Meinung: Warum Raíces? SEMILLAs Neuanfang und ihr juristischer Hintergrund.....	4
40 Jahre Politische Verfassung in Guatemala: Geschichte und Reformen.....	4
43. Jahrestag des Massakers von Los Encuentros: Die Opfer verdienen endlich Gerechtigkeit.....	5
Fast 3.000 Jahre alte Maya-Stätte entdeckt.....	6

Der 4. Plurinationalale Gipfel für das Wasser fordert ein Gesetz, das die Gemeinden entwickeln

Guatemala, 2. Juni - Das Treffen fand zu einem kritischen Zeitpunkt statt, da immer mehr Bergbauprojekte, Monokulturen, Wasserkraftwerke und unkontrollierte Urbanisierung die Wasserquellen Guatemalas bedrohen. Obwohl der Staat seine Absicht angekündigt hat, ein Wassergesetz auszuarbeiten, mangelt es dem Prozess bisher an echten Fortschritten, an Transparenz und an einer verbindlichen Beteiligung der Bevölkerung. Als Reaktion darauf erhoben die organisierten Völker auf dem Plurinationalen Gipfel ihre Stimme und forderten, dass die Ausarbeitung des Gesetzes nicht von technischen Eliten oder Geschäftsinteressen bestimmt werden dürfe, sondern von den Gebieten ausgehen müsse, basierend auf gemeinschaftlichen Praktiken, dem Wissen der Vorfahren und kollektiven Rechten. Das vierte Gipfeltreffen wurde so zu einem Raum des politischen und spirituellen Dialogs, in dem die Völker ihren eigenen Weg zur Wassergerechtigkeit vorschlugen und in dem sie bekräftigten, dass Wasser ein Lebewesen und ein gemeinsames Gut ist und keine Ware.

Erster Tag: Ahnenzeremonie, Präsentationen und gemeinsame Dialoge

Der erste Tag des Vierten Gipfels begann mit einer Zeremonie, die von den spirituellen Führer*innen der indigenen Völker geleitet wurde. Jede Delegation brachte Symbole aus ihrem Gebiet mit: Krüge, Samen, Fotos und Blumen, um ihre Verbindung zum Wasser und zum Leben zu bekräftigen. Diese Elemente wurden in der zeremoniellen Mitte platziert und bildeten den Wasseraltar, wo ein heiliges Feuer entzündet wurde und mit Opfern und Gebeten die natürlichen Elemente um Erlaubnis gebeten wurden, um die Wasserquellen als Quellen des Lebens zu ehren.

Nach der Ahnenzeremonie berichtete jede territoriale Delegation über ihre Erwartungen an das Treffen und die dringenden Herausforderungen, denen sie in ihren Gemeinden gegenüberstehen. Diejenigen aus dem Hochland sprachen über Dürren und Wasserentzug, diejenigen von der Südküste über die verheerenden Auswirkungen der Agroindustrie auf die Flüsse und diejenigen aus dem Osten über die Spannungen, die durch Staudämme und Megaprojekte entstehen.

Einige Delegationen ergriffen das Wort und brachten ungelöste historische Probleme ans Licht. Dies war der Fall bei Vertreter*innen aus dem Gebiet Sayaxché im Petén, die über die Umweltzerstörung am Fluss La Pasión berichteten, der 2015 durch Abfälle aus Ölpalmenplantagen verseucht wurde. Eine sozio-ökologische Tragödie, für die sie weder Gerechtigkeit noch Wiedergutmachung erhalten haben.

Es wurden auch Vorträge über die nationale Gesamtsituation gehalten. Sie stellten einen Schlüsselmoment des Treffens dar, einen Raum, in dem Vertreter*innen indigener Völker, sozialer Organisationen und akademischer Zentren Guatemalas Analysen, Gefühle und Widerstand austauschten. Unter dem gemeinsamen Motto, dass Wasser keine Ware, sondern ein heiliges Wesen ist, boten die Beiträge von der Basis der indigenen Gemeinden eine Diagnose des Landes vor und schlugen mögliche Wege vor, ein Wassergesetz von und für die Menschen zu schaffen.

Rosa Chávez, Maya K'iche' Dichterin, eröffnete mit einer Botschaft: „Wir sind nicht gekommen, um um Wasser zu bitten, wir sind gekommen, um uns daran zu erinnern, dass wir Wasser sind“. Sie beschwor damit die spirituelle und

uralte Verbindung zum Wasser als Lebewesen.

Rosalina Tuyuc, Anführerin der Kaqchikel, sagte, dass „Wasser ein Gedächtnis hat“ und dass seine Verteidigung ein Weg ist, die Wunden der Enteignung und der historischen Gewalt kollektiv zu heilen.

Amy Roca, Erzieherin der Kaqchikel und Mitglied der Vereinigung Uk'ux B'e, prangerte an, dass indigene Frauen am stärksten vom Wassermangel betroffen seien und am wenigsten Gehör fänden: „Wir sind bei den Entscheidungen unsichtbar, obwohl Wasser alles durchdringt, was wir tun“.

Francisco Roca vom Maya-Volksrat (CPO) aus Jacaltenango, Huehuetenango, wie auch Carmela Curup, eine Anwältin der Kanzlei für die indigenen Völker, schlugen vor, Wasser als Rechtssubjekt anzuerkennen. „Wasser hat das Recht zu fließen, zu existieren und nicht verschmutzt zu werden“, sagte Curup und kritisierte die derzeitige Rechtsstruktur, die Konzessionen für den Bergbau zulasse.

Raúl Ibarra vom Institut für Studien der Naturwissenschaften und Technologie (IARNA) an der Universität Rafael Landívar (URL) stellte Studien vor, die zeigen, wie Abholzung und agroindustrielle Expansion Wasserreservoirs verschlechtern. „Es gibt keine Gesundheit ohne sauberes Wasser. Die Wasserkrise ist auch eine Krise der öffentlichen Gesundheit“, warnte er und schlug eine gemeinschaftliche Verwaltung und den Schutz von Wasseranreicherungszone vor.

Am Vormittag berichteten internationale Stimmen von ihren Erfahrungen im Kampf um Wasser in ihren Ländern:

Victor Bahamonde von der chilenischen Bewegung zur Verteidigung des Zugangs zu Wasser, Land und Umweltschutz (Modatima) erklärte, wie die Privatisierung von Wasser ein lebenswichtiges Recht in das Eigentum von Unternehmen verwandelte. „In Chile gibt es keine Dürre, sondern eine Ausplünderung“, sagte er. Trotz jahrzehntelanger Versprechungen hätten viele Gemeinden immer noch keinen Zugang zu Wasser. Er betonte, dass internationaler Druck der Schlüssel zur Erreichung von Reformen sei und dass der Austausch zwischen den Gebieten die Verteidigung von Wasser als Menschenrecht stärke.

Monti Aguirre vom International Rivers Network (Kolumbien/USA) stellte das Verursacherprinzip in Frage, da es den Unternehmen erlaube, im Gegenzug für Geldstrafen Ökosysteme weiter zu schädigen. Er verwies auf das Beispiel Südafrikas, wo der Zugang zu Wasser als verfassungsmässiges Recht anerkannt wurde. Er schlug vor, dass Guatemala die Natur rechtlich als Gegenstand von Rechten anerkennen sollte, um die Wasserwirtschaft zu verändern.

Marco Von, Mitglied des mexikanischen Netzwerks Agua para Todos (Wasser für alle) sprach das falsche Narrativ der Wasserknappheit an und erläuterte, wie sich die Wasserprivatisierung hinter Megaprojekten, Abfüllanlagen und privatisierten kommunalen Dienstleistungen verbirgt. Er sprach über die Grundsätze, von denen sich ein gerechtes Gesetz leiten lassen sollte: die Erklärung von Wasser als Lebewesen, das Verbot von Extraktionsprojekten, die Sicherung der Rechte der Gemeinschaft an den Quellen und die Abschaffung der Straflosigkeit. „Gesetze müssen die Kosmivision der Menschen widerspiegeln“, sagte er.

Edith Kauffer, eine Wissenschaftlerin des Zentrums für Forschung und Höhere Studien in Sozialanthropologie (CIE-SAS), Mexiko, stellte die Fortschritte und Grenzen des nationalen Wassergesetzes in ihrem Land vor. Sie rief Guatemala dazu auf, eine eigene Gesetzgebung zu schaffen, die die Beteiligung der Gemeinden, Wassergerechtigkeit und die Anerkennung lokaler Bewirtschaftungssysteme einschliesst.

Am Nachmittag wurden die Teilnehmenden in thematische Arbeitsgruppen aufgeteilt, um fünf Themen zu erörtern: Prioritäten bei der Wassernutzung, Bewirtschaftung durch die Gemeinden, Nichtprivatisierung, Wasserbehörden und Finanzierung von Wasserprojekten. In kleinen Gruppen tauschten mehr als 250 Teilnehmende unterschiedlichen Alters, Geschlechts und Herkunft ihr Wissen und ihre Vorschläge aus, angeleitet von Moderator*innen, die die Diskussionen leiteten. Frauen und Jugendliche hatten an diesen Tischen eine herausragende Stimme, schlugen innovative Lösungen vor und machten auf die unterschiedlichen Auswirkungen der Wasserkrise aufmerksam. Am Ende des Tages fand eine allgemeine Plenarsitzung statt, in der jeder Runde Tisch seine vorläufigen Schlussfolgerungen vorstellte. Es zeichnete sich ein durchschlagender Konsens ab: Wasser muss rechtlich als gemeinsames Gut, als Lebewesen und als nicht verhandelbares Menschenrecht anerkannt werden, wobei seine Nutzung für das Leben Vorrang vor jeglichen kommerziellen Interessen haben muss.

Am Ende des ersten Tages fand eine kulturelle Nacht statt, in der verschiedene künstlerische Kollektive Präsentationen voller Identität, Erinnerung und Widerstand boten.

Zweiter Tag: Politische Mobilisierung und Übergabe der Forderungen

Der zweite Tag stand im Zeichen der politischen Aktion und der öffentlichen Sichtbarkeit der Forderungen. Am Morgen versammelten sich die Teilnehmenden vor dem Gebäude des Obersten Gerichtshofs (CSJ), hauptsächlich auf dem Platz der Menschenrechte. Sie trugen Transparente und skandierten Slogans. „Wasser ist ein Lebewesen und hat Rechte“, hiess es auf einem der Transparente, die von den Gemeindebehörden gehalten wurden und die Botschaft des Plurinationalen Gipfels zusammenfasste. In einem symbolischen Akt besetzten Dutzende indigene Frauen in ihren bunten Trachten und Jugendliche aus verschiedenen Regionen den Platz und hielten Schilder mit der Forderung „Wasser für die Menschen, nicht für die Unternehmen“ und „Nein zur Privatisierung des Wassers“ hoch.

Eine der symbolträchtigsten Aktionen des Tages war der performative Spaziergang mit einem riesigen blauen Transparent, das von den Stufen des Obersten Gerichtshofs aus gespannt wurde. Dieses Tuch, das den Verlauf eines Flusses darstellte, schlängelte sich über die Menge als künstlerischer Ausdruck des freien Wasserflusses und spielte darauf an, wie Flüsse in Guatemala umgeleitet, kanalisiert oder durch Industrie- und Bergbauinteressen verschmutzt wurden.

Während dieser Aktion ergriff Salvador Quiacain Zac, ein Anführer des Volkes der Tz'utujil aus San Pedro La Laguna, Sololá, das Wort und sprach über die Bedeutung dieses symbolischen Flusses und die Dringlichkeit, das Wasser in den Gebieten frei fließen zu lassen. Mit fester Stimme erinnerte er daran, dass das Wasser unterdrückt werde, ebenso wie die Menschen, die es verteidigen. Er wandte sich an die Menschen im Justizpalast, vor dem die Aktion stattfand, und forderte sie auf, auf diese kollektiven Forderungen zu hören.

Ein weiterer hervorragender Beitrag war der von Américo González, Vertreter von Sayaxché, Petén, der an den langwierigen Fall des Flusses La Pasión erinnerte. Er prangerte an, dass die Behörden trotz Beweisen und formellen Beschwerden über die von der Ölpalmenindustrie verursachte Umweltkatastrophe im Jahr 2015 noch immer nicht reagiert hätten. "Vor mehr als einem Jahrzehnt haben wir die Akten übergeben und sie liegen immer noch in einer Schublade. Die Gerechtigkeit hat weder die Menschen noch den Fluss erreicht", sagte er vor einer Menschenmenge, die mit Applaus und Slogans für Umweltgerechtigkeit reagierte.

Nach den Reden vor dem Justizpalast wurde die offizielle Verlautbarung des Vierten Plurinationalen Gipfels für die Freiheit des Wassers verlesen. In dem Dokument, das das Ergebnis territorialer Dialoge, thematischer Arbeitsgruppen und der Gespräche zwischen mehr als 250 Vertreter*innen indigener Völker, Jugendlicher, sozialer Organisationen und kommunaler Wasserkomitees ist, werden die wichtigsten Forderungen an den guatemalteken Staat klar formuliert. Anschliessend begann der symbolische Marsch zum Platz der Verfassung vor dem Nationalen Kulturpalast. Die Teilnehmenden aus verschiedenen Gebieten breiteten ein mehrere Meter langes blaues Banner aus, das sich wie ein Fluss in Bewegung durch die Strassen des Centro Histórico zog. (...) Eine Kommission des Plurinationalen Gipfels übergab (...) in einer feierlichen Zeremonie das Dokument formell an Patricia Orantes, Ministerin für Umwelt und natürliche Ressourcen, und forderte die Exekutive auf, die darin enthaltenen Verpflichtungen zu übernehmen.

Gipfelerklärung

Die Erklärung der teilnehmenden Völker fordert, dass Wasser als gemeinsames Gut, als Lebewesen und als nicht handelbares Menschenrecht anerkannt wird. Sie bekräftigt, dass es für den menschlichen Konsum, die Natur und die Ernährungssouveränität Vorrang vor jeder industriellen oder kommerziellen Nutzung haben sollte. Eine der Hauptforderungen ist die rechtliche Anerkennung der gemeinschaftlichen Wasserbewirtschaftung, basierend auf den erfolgreichen Erfahrungen der Wasserkomitees und der indigenen Bürgermeisterämter. Sie prangert an, dass diese Organisationsformen durch Versuche der kommunalen oder unternehmerischen Kooptation bedroht sind, was zu Korruption, Engpässen und ungerechten Tarifen für Wasser führt.

Der vierte Gipfel lehnt auch die Privatisierung von Wasser kategorisch ab und weist darauf hin, dass Konzessionen für Wasserkraftwerke, Bergbau und Abfallbetriebe Formen der Enteignung darstellen. Davon sind vor allem Frauen betroffen, die sich kulturell um die Wasserversorgung in ihren Häusern und Gemeinschaften gekümmert haben.

Vorgeschlagen wird die Schaffung einer plurinationalen Wasserbehörde, die von den Territorien und Einzugsgebieten aus verwaltet wird und sich aus kommunalen und indigenen Behörden zusammensetzt, mit Mechanismen für Beteiligung, Transparenz und Rechenschaftspflicht. Weitere Forderungen sind: Dass öffentliche und internationale Mittel für Wasserprojekte von den Gemeinden selbst verwaltet werden, um Klientelismus und Korruption zu vermeiden. Dass Wasserschützer*innen rechtlich geschützt werden und dass jene, die Wasserquellen verschmutzen oder Wasser horten, bestraft werden. Dass das Recht auf Volksbefragung geachtet wird. Und dass ein Gesetzesprozess eingeleitet wird, der von der lokalen Ebene ausgeht, sich an den spirituellen Traditionen und der Gemeinschaft orientiert und die Beteiligung von Frauen und Jugendlichen vorsieht. Die Vision der Völker ist klar: Wasser ist nicht käuflich, es wird verteidigt. (...)

Der Vierte Plurinationale Gipfel für die Freiheit des Wassers war nicht nur ein Ort der Anprangerung und des Protestes, sondern auch ein Akt der politischen und spirituellen Bestätigung: Die Völker haben sich klar geäussert, ihr Wissen geteilt, ihre Wunden offengelegt und auch Wege vorgeschlagen. (Prensa Comunitaria)

Raices – eine neue Partei anstelle von SEMILLA ?

Guatemala, 26. Mai - Diese Woche kündigte eine Fraktion von SEMILLA-Abgeordneten die Gründung einer neuen politischen Partei an, die sie „Raices“ (Wurzeln) nannten, um jene Gruppierung „wieder zu gründen“, die Bernardo Arévalo zum Präsidenten gemacht hatte. "Wir wissen, dass dies ein langer, aber richtiger Weg ist, bei dem wir nicht mit einer bestehenden Partei zusammenarbeiten werden, um neue politische Räume zu besetzen", sagte der Fraktionsführer von SEMILLA, Samuel Pérez.

Allerdings sprechen interne Streitigkeiten gegen diese Version der Wiedergründung. Es fehlten bei der Ankündigung einige Abgeordnete der Fraktion, darunter Ivanna Luján, Victoria Godoy Palala, Alma Guerra, Brenda Mejía, José Carlos Sanabria, Duvalier Castañón, Raúl Barrera, Luis Ventura sowie Olga Villalta, die noch nicht festgelegt hat, in welcher Fraktion sie künftig mitarbeiten wird. Die genannten Abgeordneten versicherten, dass die Kontinuität der politischen Gruppe eine Entscheidung sei, die in der alleinigen Verantwortung der Parteibasis liegt, unter strikter Einhaltung der Mechanismen der internen Demokratie, die in der Satzung vorgesehen sind. Dies sei mit dieser Ankündigung nicht gegeben. "Die Neugründung oder der Fortbestand der Bewegung SEMILLA muss das Ergebnis eines demokratischen, inklusiven und kollektiven Prozesses sein, der von allen Mitgliedern einvernehmlich beschlossen wird. Wir bekräftigen unsere Verpflichtung, für und mit den Menschen zu arbeiten". (La Hora)

Meinung: Warum Raíces? SEMILLAs Neuanfang und ihr juristischer Hintergrund

Guatemala, 28. Mai - Die Gründung der politischen Partei Raíces, die von Personen aus dem Umfeld von SEMILLA vorangetrieben wird, hat für Aufsehen, böswillige Kommentare und mehr als nur einige eigennützige Interpretationen gesorgt. Einige interpretieren es als kalkulierten Schachzug, andere als eine Art getarnte Kapitulation vor dem System. Aber jenseits des Anscheins und der Lesarten auf den Fluren sehen wir eine Strategie der Eindämmung angesichts eines Justizapparats, der bereit gezeigt hat, dass er gewillt ist, jedes politische Projekt, das sich nicht mit dem Status quo deckt, von der Landkarte zu tilgen.

Seit Mitte 2023 befindet sich SEMILLA im Fadenkreuz jener, die die Partei institutionell zerstören wollen. Die Staatsanwaltschaft unter der Leitung von Consuelo Porras und mit der Komplizenschaft von Akteuren wie dem Richter Fredy Orellana hat eine juristische Offensive gestartet, deren Ziel von Anfang an klar war: die Partei, die Bernardo Arévalo ins Präsidentenamt gebracht hat, politisch unfähig zu machen. Das Urteil, mit dem die Partei wegen angeblicher Unregelmässigkeiten bei der Unterschriftensammlung suspendiert wurde, ist im In- und Ausland wegen ihrer fehlenden Rechtsgrundlage, ihrer Unverhältnismässigkeit und ihres autoritären Geruchs kritisiert worden.

In diesem Zusammenhang kann Raíces nicht als einfacher Bruch oder verzweifelter Ausweg verstanden werden. Es ist eine Antwort, die, ob man will oder nicht, versucht, die Kontinuität eines politischen Projekts inmitten einer institutionellen Blockade zu gewährleisten. Wenn man von einem System in die Enge getrieben wird, ist eine Antwort in Form von Parallelstrukturen vielleicht nicht die ideale, aber oft die einzig mögliche. Wenn SEMILLA im Jahr 2026 legal vom Wahlzettel verschwindet, stellt Raíces die Möglichkeit dar, nicht alles zu verlieren. So einfach ist das.

Ein unvermeidlicher politischer Preis

Natürlich hat diese Strategie ihren Preis, und der ist nicht unerheblich. Ein Teil der Wähler*innen, die für SEMILLA gestimmt hat, könnte dies als eine Art Flucht nach vorn empfinden, als eine Möglichkeit, sich vor denen zu drücken, die die Partei von innen heraus zerstören wollen. Und die nicht unbedeutende Frage lautet: Wie soll man den Rechtsstaat verteidigen, wenn man auf dessen Missbrauch mit alternativen Konzepten reagiert? Geht man damit nicht gewissermassen davon aus, dass die Regeln so kaputt sind, dass sie nicht mehr repariert werden können?

Hinzu kommt ein weiteres, weniger sichtbares, aber ebenso wichtiges Dilemma: Ist Raíces nicht auch eine Gelegenheit - und sogar ein Vorwand -, um intern neu zu gestalten, was SEMILLA bisher nicht lösen wollte oder konnte? Es gibt Spannungen, Führungsstreitigkeiten, Meinungsverschiedenheiten darüber, wie das politische Projekt verortet werden soll. Vielleicht dient diese neue Partei auch als Ventil für diese internen Spannungen, die, wenn sie nicht gelöst werden, von innen heraus erodieren.

Die symbolische Bedeutung von „Raíces“

Der Name ist kein Zufall. Er verweist auf den Ursprung, die Verbindung mit dem Wesentlichen. Das Paradoxe liegt auf der Hand: Um das zu schützen, was sie für das Herzstück des Parteibewegungs-Projekts halten, sehen sich seine Förderer*innen gezwungen, nach einem anderen Weg zu suchen. Eine andere Saat zu säen, sozusagen. Und genau darin liegt die Herausforderung: dass diese neue Wurzel nicht die Verbindung zu dem Stamm verliert, der sie getragen hat, dass sie nicht zu einem künstlichen Gefüge in den Diensten der Interessen anderer wird. Denn es geht nicht nur um die Lebensfähigkeit einer Partei, sondern auch um die Möglichkeit, in Guatemala eine politische Alternative aufzubauen, die nicht den dunklen Pakt, dem Klientelismus oder der Logik der Straflosigkeit, die das System beherrschen, unterworfen ist.

Die Maschinerie zur Bestrafung der Dissident*innen

Aber kommen wir zur Sache. Das wirklich Schlimme an der ganzen Sache ist nicht, dass SEMILLA sich neu erfinden muss oder dass die Führung neu verteilt wird. Das Beunruhigendste ist, dass wir weiterhin in einem Land leben, in dem alle, die an die Macht kommen und die Regeln ändern wollen, verfolgt, neutralisiert oder vertrieben werden. Das ist die Konstante. Und diese Maschinerie hat ein Gesicht: willfährige Staatsanwält*innen, selbstgefällige Richter*innen, recycelte Politiker*innen und Akteur*innen, die durch Trägheit, Berechnung oder Angst überleben.

Raíces ist in diesem Zusammenhang nichts anderes als ein Akt des politischen Widerstands gegen ein System, das keine Atempause gewährt. Es ist eine vielleicht unvollkommene oder polemische Reaktion auf die Gefahr zu verschwinden. Aber das eigentliche Problem ist nicht, dass eine neue Partei gegründet werden, sondern dass in Guatemala jedes Projekt zur Veränderung bei null beginnen muss, weil das System nur so sicherstellen kann, dass sich nie etwas ändert. (Juan Francisco Sandoval, 2015-2021 Leiter der Staatsanwaltschaft gegen Straffreiheit FECCI, in: Prensa Comunitaria)

40 Jahre Politische Verfassung in Guatemala: Geschichte und Reformen

Guatemala, 29 Mai - Am 31. Mai jährt sich zum 40. Mal die Verkündung der politischen Verfassung der Republik Guatemala, die nach ihrem Inkrafttreten im Jahr 1985 den Beginn einer neuen institutionellen und demokratischen Ära im Lande markierte. Vier Jahrzehnte später ist die Magna Carta immer noch der rechtliche Rahmen, der das Land regiert, inmitten politischer Spannungen, sozialer Forderungen und Debatten über ihre Gültigkeit und die Notwendigkeit von Reformen, die in den letzten Jahren aufgekomen sind.

Geschichte des Verfassungsaktes 1985

Die politische Verfassung der Republik Guatemala wurde 1985 nach einer langen Periode von Militärregierungen und

internen Konflikten geschaffen. Die aktuelle Verfassung wurde von der Nationalen Verfassungsgebenden Versammlung ausgearbeitet, die nach einem Einberufungsprozess durch Wahlen am 1. Juli 1984 gebildet wurde. Siebzehn politische Parteien und drei Bürger*innenkomitees nahmen an diesem Prozess teil, und 88 Abgeordnete wurden gewählt, um die Versammlung zu bilden, die für die Ausarbeitung und Verkündung der neuen Verfassung verantwortlich war. Mit dem Dekret 2-86 der Verfassungsgebenden Versammlung wurde der 31. Mai eines jeden Jahres zum Tag der Verfassung erklärt. In diesem Dekret werden auch die Exekutive und die Legislative sowie alle staatlichen Einrichtungen angewiesen, staatsbürgerliche Aktivitäten zum Gedenken an die Verkündung der Magna Carta durchzuführen. Aber wissen Sie, was der Inhalt der Magna Carta ist und welche Etappen zu ihrer Verkündung geführt haben? Hier sind die Details:

Inhalt

Die Verfassung besteht aus 281 Artikeln und 22 Übergangsbestimmungen. Sie ist in drei Teile gegliedert: den dogmatischen, den organischen und den pragmatischen Teil. Der dogmatische Teil legt die Grundsätze des Staates, die individuellen und sozialen Grundrechte sowie die vom Staat zu verfolgende Ziele für das Gemeinwohl fest. Der organische Teil regelt die Organisation der öffentlichen Gewalt, die Aufteilung der legislativen, exekutiven und judikativen Befugnisse, die territoriale Organisation des Staates und die Beziehungen zwischen den staatlichen Institutionen. Der pragmatische Teil legt die Mechanismen zur Gewährleistung der verfassungsmässigen Rechte, die Garantien zu deren Verteidigung bei Verletzungen dieser Rechte und die Verfahren zum Schutz der verfassungsmässigen Ordnung fest. Seine Struktur umfasst acht Titel: I. Die menschliche Person, Ziele und Pflichten des Staates; II. Menschenrechte; III. Der Staat; IV. Die öffentliche Gewalt; V. Aufbau und Organisation des Staates; VI. Verfassungsmässige Garantien und Verteidigung der verfassungsmässigen Ordnung; VII. Änderungen der Verfassung; VIII. Übergangsbestimmungen (...)

Reformen des Jahres 1993

Im Jahre 1993 erhielt die Verfassung einige Reformen, die eine Reaktion auf den fehlgeschlagenen Putschversuch des damaligen Präsidenten Jorge Serrano Elías waren. Diese Verfassungsänderungen wurden 1994 ratifiziert. Die Reformen wurden von Ramiro de León Carpio vorangetrieben, der das Amt übernahm, nachdem Serrano das Land verlassen hatte. Die Verfassungsreformen wurden durch das Gesetzgebungsabkommen 18-93 gebilligt und von der guatemaltekischen Bevölkerung in einem Referendum am 30. Januar 1994 ratifiziert.

Zu den wichtigsten Verfassungsänderungen gehören die folgenden:

- Die Verkürzung der Amtszeit des/der Präsidenten/Präsidentin von 5 auf 4 Jahre.
- Die Schaffung eines neuen Systems für die Wahl der Richter*innen des Obersten Gerichtshofs, wobei festgelegt wurde, dass dieses Verfahren unter der Leitung des Kongresses über eine von den juristischen Fakultäten der Universitäten des Landes vorgeschlagene Liste erfolgt.
- Es wurden Reformen zur Verbesserung der Transparenz und Effizienz des Justizsektors eingeführt.
- Ausserdem wurden neue Mechanismen für die Wahl der Abgeordneten des Kongresses eingeführt.
- Das Gesetz über die freie Meinungsäusserung wurde überarbeitet, um dieses Recht besser gewährleisten zu können.
- Der Bank von Guatemala wurde verboten, der Regierung Geld zu leihen, um ihre Unabhängigkeit bei der Verwaltung der Staatsfinanzen zu gewährleisten.

Dialog und Wandel

Im Laufe von vier Jahrzehnten haben sich neue Fragen und Situationen ergeben, die in der Verfassung behandelt werden müssen. Aufgrund der Zeit und des Kontextes, in dem sie verfasst wurde, wurden einige Themen nicht eingehend behandelt, wie z. B. die Rechte der indigenen Völker und die Rechte von Frauen. Auch Aspekte im Zusammenhang mit den Friedensabkommen sind noch nicht enthalten, da diese erst nach dem Ende des bewaffneten Konflikts zustande kamen, als die Aufständischen nicht an der verfassungsgebenden Versammlung teilnahmen, erklärt Felipe Alejos, langjähriger einflussreicher Politiker des Landes. Er sagte: "Was heute getan werden muss, ist, den ursprünglichen Geist der verfassungsgebenden Versammlung wiederherzustellen, der mit den Reformen von 1993-1994 verloren gegangen ist. Änderungen wie die des Justizsystems, der Bank von Guatemala, die Aussetzung des Parlaments, die Säuberung des Kongresses und die Wiederwahl von Bürgermeister*innen haben diesen Geist verändert". Er fügte hinzu, dass es notwendig sei, einen Dialogprozess einzuberufen, um eine nationale Agenda aufzustellen, die alle Sektoren des Landes anhört, um die für die Entwicklung des Landes notwendigen Veränderungen zu identifizieren. (Prensa Libre)

43. Jahrestag des Massakers von Los Encuentros: Die Opfer verdienen endlich Gerechtigkeit

Rabinal, 14. Mai – Das Massaker von Los Encuentros ereignete sich am 14. Mai 1982. An diesem Tag führen Soldat*innen der guatemaltekischen Armee und zivile Selbstverteidigungspatrouillen (PAC) aus dem Dorf Xococ durch Pueblo Viejo, wo das italienische Unternehmen COGEFAR ihnen Lastwagen zur Verfügung stellte, um in das Dorf Pacux [*eine Siedlung für die vertriebenen Bewohner*innen von Rio Negro, d. Red.*] zu fahren. COGEFAR ist eines der transnationalen Unternehmen, die für den Bau des Chixoy-Wasserkraftwerks zuständig waren – einem Projekt der Militärregime jener Jahre, unterstützt durch die Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank.

Als die Militärpatrouille vor Ort ankam, schoss sie auf die Dorfbewohner*innen und nahm 85 Personen fest, darunter

Mädchen, Jungen und Neugeborene. 40 festgenommene Männer wurden gefoltert, bevor sie getötet wurden. Dem Gemeindevorsteher Pedro Osorio López wurden die Fusssohlen abgeschnitten und er wurde gezwungen, bis zu seinem Tod auf glühenden Kohlen zu stehen. Mehrere Frauen wurden vergewaltigt. Am nächsten Tag brachte ein Militärhubschrauber 15 Frauen und Kinder in die Militärzone 21 in Cobán, wo sie nie wieder gesehen wurden.

Aufgrund von Anzeigen von Überlebenden begann die Ombudsstelle für Menschenrechte Anfang 2012 mit Exhumierungen im Regionalkommando für die Ausbildung von Friedenseinsätzen (CREOMPAZ), in denen die Militärzone 21 tätig war. Dort wurden die Skelette von 565 Personen geborgen, unter denen jene Opfer identifiziert werden konnten, die nach dem Massaker von Los Encuentros mit einem Hubschrauber abtransportiert worden waren.

Diese Taten sind äusserst grausam, aber die Bevölkerung muss wissen, mit welcher Barbarei die Armee während des internen bewaffneten Konflikts gegen Tausende von unschuldigen Menschen vorgegangen ist. Ausserdem sind diese Taten Teil des historischen Gedächtnisses des Landes, und der Staat hat die Pflicht, Gerechtigkeit walten zu lassen und zu garantieren, dass sich diese absurden Gewaltorgien nicht wiederholen. Obwohl der Fall CREOMPAZ im Januar 2016 Fahrt aufnahm, als 14 Militärangehörige inhaftiert wurden, sind die Opfer und Überlebenden heute zutiefst empört, weil ein Gericht im November 2024 die Fortschritte im Gerichtsverfahren rückgängig machte. Dies war ein harter Schlag für die Familien, die seit Jahrzehnten auf Gerechtigkeit warten, und offenbart den beklagenswerten Zustand der Justiz, die eine Manipulation des Gesetzes zugunsten militärischer Menschenrechtsverletzer*innen zulässt.

Im Rahmen des Gedenkens an das Massaker von Los Encuentros fordern wir das Verfassungsgericht auf, nicht zuzulassen, dass das Licht der Wahrheit von den Schatten der Straflosigkeit verdeckt wird, und die willkürliche Entscheidung des Gerichts aufzuheben. Die Opfer und ihre Familien haben Gerechtigkeit verdient! (Erklärung des Komitees der Opfer von Pacux, Rabinal, Baja Verapaz)

Fast 3.000 Jahre alte Maya-Stätte entdeckt

Petén, 30. Mai - Im Norden von Guatemala haben Archäolog*innen eine rund 2.900 Jahre alte Maya-Stätte entdeckt.

Die Forscher*innen gaben dem Ort den Namen "Los Abuelos" (Die Grosseltern), da dort zwei anthropomorphe Steinskulpturen gefunden wurden, die vermutlich dem Kult der Vorfahren gewidmet waren, wie Teamleiter Milan Kováč mitteilte.

Die Figuren aus Stein, die einen Mann und eine Frau als Paar darstellen sollen, stammen demnach aus der Zeit von 600 bis 400 vor Christus. Die sitzenden Skulpturen sind rund anderthalb Meter hoch. Zu ihren Füßen wurden Keramiken gefunden, die offenkundig absichtlich zerbrochen worden waren. Die Fundstelle, die (...) als kleiner Tempel beschrieben wird, soll rund 1.000 Jahre lang für rituelle Zwecke genutzt und dann aufgegeben worden sein. Um 800 n. Chr. wurde der Tempel von späteren Bewohner*innen wieder in Benutzung genommen. Bei den Ausgrabungen kamen zudem ein Observatorium, Pyramiden, Altäre, Stelen-Fragmente und Keramiken zum Vorschein.

"Los Abuelos" soll eines der wichtigsten rituellen Zentren der Region gewesen sein, wie Teamleiter Kováč in einer Pressekonferenz in Guatemala-Stadt sagte. Der im Regenwald entdeckte Ort erstreckt sich über rund 16 Quadratkilometer in der Nähe der Stätte Uaxactún in der Provinz Petén. Das UNESCO-Weltkulturerbe Tikal, eines der bedeutendsten kulturellen Zentren der Maya-Zivilisation, liegt nur rund 40 Kilometer südlich von "Los Abuelos". (...) (tagesschau.de)

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion: fijate@mail.de

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle Abonnent*innen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6